

Öffentliches Recht

Frenz

10. Auflage 2026
ISBN 978-3-8006-7842-6
Vahlen

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Öffentliches Recht

Eine nach Anspruchszielen geordnete
Darstellung zur Examensvorbereitung

Von
Professor Dr. jur. Walter Frenz

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, lowercase, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red circles of varying sizes, arranged in a slight arc.

10., neu bearbeitete Auflage 2026

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Verlag Franz Vahlen

Zitiervorschlag: Frenz ÖffR Rn.

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

vahlen.de

ISBN PRINT 978 3 8006 7842 6

Dieser Titel ist auch als E-Book erhältlich.

© 2026 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH, Lahnau
Umschlag: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



vahlen.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 10. Auflage

In der 10. Auflage wird wiederum Basiswissen mit examensträchtigen Problemen und aktuellen Entscheidungen kombiniert, die jeweils an der im Prüfungsaufbau erforderlichen Stelle aufgezeigt werden. Wie auch in den vorherigen Auflagen boten insbesondere das Verfassungsrecht und die Grundlagen des Europarechts zahlreiche Neuerungen. Das BVerfG betrachtete das EuGH-Urteil zum PSPP-Programm *ultra vires*; die Kommission drohte bereits mit einem Vertragsverletzungsverfahren, bis Deutschland beidrehte (→ Rn. 62). Das Next-Generation-Paket ließ das BVerfG passieren (→ Rn. 40). Anwaltsnotarinnen und -notare dürfen über 70 hinaus arbeiten (→ Rn. 616). Gegenstand der Rechtsprechung wurden Coronabeschränkungen (→ Rn. 453 zur Triage, Rn. 461 zur Bundesnotbremse sowie Rn. 809 ff.). Sehr bedeutsam sind die im Gefolge des BVerfG-Klimabeschlusses notwendigen Klimaschutzmaßnahmen, vor allem deren Verhältnismäßigkeit und etwaige Entschädigungspflichten (→ Rn. 618 ff.) – auch im Vergleich zum Atom- und Kohleausstieg (→ Rn. 571). Weiterhin aktuell sind die Entscheidungen zur Beobachtung extremistischer Parteien (→ Rn. 1464), zur Studienplatzvergabe (→ Rn. 589), zur Angreifbarkeit von bauplanerischen Festsetzungen des Maßes der Nutzung (→ Rn. 891), zu klarstellenden Verwaltungsakten (→ Rn. 863), zu Stadionverboten (→ Rn. 686, 824), Polizeikosten für Fußballspiele und zu „Reichsbürgern“ (→ Rn. 959). Wie ist die in den Polizeigesetzen von Bayern und NRW neu eingeführte latente Gefahr zu handhaben, etwa gegenüber „Gefährdern“ aus einem IS-Camp (→ Rn. 993)? Immer noch bedeutsam sind die Entscheidungen zum Kopftuchverbot an Schulen und Kindergärten (Art. 4 I GG, → Rn. 435 ff.) sowie auch im Justizdienst (→ Rn. 438). Die Vorratsdatenspeicherung bleibt ein Dauerbrenner. Im Verwaltungsrecht ergab sich Aktuelles neben der Luftreinhaltung. Die Bearbeitung befindet sich auf dem Stand von Oktober 2025. Generelle Formulierungen wie „Kläger“ schließen alle Geschlechter ein. Für ihre Mithilfe bei der Aktualisierung der Literatur sowie bei der Formatierung danke ich sehr herzlich den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen Frau Cilia Bakin, Frau Lorenna Aleixo de Carvalho, Frau Dr. Kristina Fischer, Frau Hannah Runge, die mir diverse Anregungen gaben, sowie Frau Desiree Dietrich, B.A., Frau Anne Crampen, B.Sc. und Frau Juliane Nelleßen, B.A.

Absolventen des 1. Staatsexamens bedanken sich immer wieder dafür, dass dieses Buch im Öffentlichen Recht die Grundlage für ihr Prädikatsexamen gelegt hat. Aber auch über kritische Hinweise und Anregungen würde ich mich sehr freuen. Ich erbitte sie an:

Univ.-Prof. Dr. Walter Frenz
RWTH Aachen University
Wüllnerstr. 2
52062 Aachen
02 41-8 09 56 91
E-Mail: frenz@bur.rwth-aachen.de

Aachen, den 7.11.2025

Walter Frenz

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage

Fernsehaufnahmen im Gerichtssaal und Rundfunkfreiheit, Bilder Carolines von Monaco und Pressefreiheit, rechtsradikale Aufzüge und Versammlungsverbot, Kampfpflichtmitgliedschaft für EU-ausländische Anbieter und gemeinschaftliche Dienstleistungsfreiheit, Kampfhundeeinschläferung und Eigentumsschutz, Hundehaltungsverordnungen und Bestimmtheitsgebot, Werbebeschränkungen für Rechtsanwälte oder Warnung vor BSE und Berufsfreiheit – das Öffentliche Recht wimmelt von aktuellen Fragestellungen. Dieser besondere Reiz macht aber ein systematisches Vorgehen nicht entbehrlich. Es bildet vielmehr die Basis zur vollen Erfassung neuer Entwicklungen.

Während dem Zivilrecht der Anspruchsaufbau selbstverständlich zugrunde liegt, wird er im Öffentlichen Recht vielfach vernachlässigt. Dabei bildet er auch in diesem Gebiet die Basis für gute Klausurergebnisse. Im Öffentlichen Recht ergibt er sich wesentlich aus dem Anspruchsziel: Abwehr, Leistung oder Feststellung, unterteilt nach Normen, Verwaltungs- und Realakten bzw. aufgegliedert in die europäische Ebene sowie die nationale Verfassungs- und Verwaltungsebene. Daher bedarf es einer nach Anspruchszielen geordneten Darstellung zur Examensvorbereitung.

Nach diesem Muster geordnet, wird das für das 1. Juristische Staatsexamen erforderliche Wissen aus allen Gebieten des Öffentlichen Rechts dargelegt. Dadurch treten Zusammenhänge hervor, die bei einer getrennten Behandlung der Einzelgebiete so nicht deutlich werden. Die Probleme werden oft nur kurz angerissen und auch nicht durchgehend vollständig dargestellt, Beispielsfälle verkürzt. Gerade im Öffentlichen Recht ist es unmöglich, alle Einzelheiten zu kennen. Umso wichtiger ist die Beherrschung von Strukturen und der Systematik, um einen unbekanntem Fall lösen zu können. Die aufgenommenen Beispiele und Einzelfragen dienen daher der Verdeutlichung. Klassischen Entscheidungen und der aktuellen Rspr. entnommen, decken sie aber weitgehend die in Standardfällen zu erwartenden Konstellationen ab.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 10. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Verzeichnis der Abbildungen, Übersichten und Schemata	XXIII
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXXI
Einführung	1
1. Teil. Abwehr von Maßnahmen	5
1. Kapitel. Abwehr von Normen	5
§ 1 Europarechtliche Normen	6
A. Primärrecht	6
B. Sekundärrecht	12
§ 2 Vereinbarkeit deutscher Gesetze mit Unionsrecht	30
A. Verfahrensmöglichkeiten	30
B. Ansatzpunkte für eine Unionsrechtswidrigkeit	33
§ 3 Überprüfung deutscher Gesetze am Grundgesetz	50
A. Verfahrensarten	51
B. Entscheidung des BVerfG	67
C. Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes	68
D. Prüfung durch den Bundespräsidenten	85
§ 4 Grundrechte	86
A. Relativer und absoluter Schutz (Menschenwürde)	86
B. Schutzbereich	92
C. Grundrechtseingriffe	111
D. Rechtfertigung	119
§ 5 Eigentums- und Berufsfreiheit	167
A. Art. 14 GG – Eigentumsfreiheit	167
B. Art. 12 GG – Berufsfreiheit	182
C. Klimaschutz und Wirtschaftsgrundrechte	197
§ 6 Gleichheitsgrundrechte	211
A. Überblick	211
B. Der allgemeine Gleichheitsgrundsatz gem. Art. 3 I GG	211
C. Besondere Gleichheitssätze	218
§ 7 Abwehr untergesetzlicher Normen, § 47 VwGO	221
A. Zulässigkeit eines Normenkontrollantrages	221
B. Begründetheit	227
C. Einstweiliger Rechtsschutz nach § 47 VI VwGO: Corona-Fälle	240
2. Kapitel. Aufhebung von Verwaltungsakten	247
§ 8 Verfassungsbeschwerde gegen Verwaltungsakte und Urteile	247
A. Verfassungsbeschwerde unmittelbar gegen Verwaltungsakte	247
B. Verfassungsbeschwerde gegen gerichtliche Entscheidungen	248
§ 9 Die Zulässigkeit der Anfechtungsklage	256
A. Überblick über die Zulässigkeitsvoraussetzungen	257
B. Die zentralen Zulässigkeitsvoraussetzungen	257
C. Die sonstigen Zulässigkeitsvoraussetzungen	277
§ 10 Begründetheit der Anfechtungsklage	278
A. Ansatz und Klagegegenstand	278
B. Ermächtigungsgrundlage	282
C. Rechtmäßigkeit des Verwaltungsaktes	289
D. Tatsächliche Verletzung in subjektiven Rechten	317

	E. Zu den Rechtsfolgen	318
§ 11	Einstweiliger Rechtsschutz nach §§ 80, 80a VwGO	318
	A. Bedeutung und Anwendungsbereich	318
	B. Zulässigkeit des Antrags nach §§ 80 V, 80a VwGO	319
	C. Begründetheit	321
3. Kapitel.	Abwehr sonstiger Maßnahmen	328
§ 12	Die Leistungsunterlassungsklage	328
	A. Allgemeines	328
	B. Zulässigkeit der allgemeinen Unterlassungsklage	330
	C. Die vorbeugende Unterlassungsklage	333
	D. Begründetheit der Leistungsunterlassungsklage: Der Unterlassungsanspruch	335
§ 13	Einstweiliger Rechtsschutz nach § 123 VwGO	341
	A. Einordnung	341
	B. Zulässigkeit	342
	C. Begründetheit	342
2. Teil.	Erlass von Maßnahmen	345
4. Kapitel.	Erlass von Normen	346
§ 14	Normerlassansprüche und ihre Durchsetzung	346
	A. Allgemeines am Beispiel des Klimaschutzes	346
	B. Aus Unionsrecht: stattdessen unmittelbare Wirkung	346
	C. Aus Grundrechten	347
	D. Aus einfachem Recht	352
	E. Prozessuale Durchsetzung	353
5. Kapitel.	Erlass von Verwaltungsakten	355
§ 15	Zulässigkeit der Verpflichtungsklage	355
	A. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges	356
	B. Statthaftigkeit	357
	C. Klagebefugnis, § 42 II VwGO	360
	D. Vorverfahren	362
	E. Klagefrist	362
	F. Rechtsschutzbedürfnis	362
§ 16	Begründetheit der Verpflichtungsklage	363
	A. Allgemeiner Rahmen	363
	B. Die Grundstruktur von Genehmigungsfällen	364
	C. Anspruch auf Erteilung einer Baugenehmigung	365
	D. Ansprüche auf die Benutzung öffentlicher Sachen, insbesondere Straßen	375
	E. Benutzung kommunaler Einrichtungen	381
	F. Anspruch auf polizeiliches Einschreiten	386
	G. Anspruch aus Zusicherung gem. § 38 VwVfG	389
	H. Wiederaufgreifen des Verfahrens	390
	J. Ansprüche aus Unionsrecht	392
§ 17	Einstweiliger Rechtsschutz auf Erlass eines VA	394
	A. Regelungsanordnung nach § 123 I 2 VwGO	394
	B. Für Hochschulzulassungen	394
	C. Bei Zweifeln an entgegenstehendem EU-Recht	396
6. Kapitel.	Sonstiges Verwaltungshandeln und Geldzahlungen	397
§ 18	Die allgemeine Leistungs(vornahme)klage	397
	A. Allgemeines	397
	B. Zulässigkeit	398
	C. Begründetheit der allgemeinen Leistungsklage, insbesondere Folgenbeseitigungsanspruch	402
	D. Einstweiliger Rechtsschutz bei Begehren auf Leistungsvornahme	406
§ 19	Leistungsansprüche aus öffentlich-rechtlichem Vertrag	407
	A. Allgemeines	407
	B. Vorliegen eines öffentlich-rechtlichen Vertrages	407
	C. Rechtmäßigkeit des Vertrages	408
	D. Nichtigkeit des Vertrages	410
§ 20	Geldleistungsansprüche	411
	A. Haftung aus öffentlich-rechtlichen Sonderverbindungen	413
	B. Staatshaftung	414

C. Entschädigungsansprüche	426
D. Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch	433
E. Aufwendungsersatz	436
F. Sozialleistungsansprüche	438
3. Teil. Feststellung der Rechtswidrigkeit	439
7. Kapitel. Verfassungsrechtliche Feststellungsbegehren: Handeln von nationalen Verfassungsorganen	439
§ 21 Organstreitverfahren	439
A. Zulässigkeit	439
B. Begründetheit	443
§ 22 Bund-Länder-Streitigkeiten	459
A. Bund-Länder-Streitigkeiten nach Art. 94 I Nr. 3 GG	459
B. Andere Bund-Länder-Streitigkeiten nach Art. 94 I Nr. 4 GG	463
8. Kapitel. Feststellungsbegehren für Verwaltungshandeln	464
§ 23 Kommunalverfassungsrechtliche Streitigkeiten	464
A. Begriff und Bedeutung	464
B. Zulässigkeit der kommunalverfassungsrechtlichen Klage	465
C. Begründetheit der kommunalverfassungsrechtlichen Klage	467
§ 24 Feststellungsklage	471
A. Zulässigkeit	471
B. Begründetheit	478
§ 25 Fortsetzungsfeststellungsklage (Rechtswidrigkeitsfeststellungsklage)	480
A. Einordnung	480
B. Zulässigkeit	480
C. Begründetheit	487
Entscheidungssammlung	495
Sachverzeichnis	503



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 10. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage	VII
Inhaltsübersicht	IX
Verzeichnis der Abbildungen, Übersichten und Schemata	XXIII
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXXI
Einführung	1
1. Teil. Abwehr von Maßnahmen	5
1. Kapitel. Abwehr von Normen	5
§ 1 Europarechtliche Normen	6
A. Primärrecht	6
I. Grundlagen	6
II. ESM-Vertrag	8
1. Materielle Grenzen	8
2. Reichweite der Mitwirkung des Bundestages	10
3. Eilbedürftigkeit	11
B. Sekundärrecht	12
I. Überprüfung am europäischen Primärrecht	12
1. Verfahren vor dem Gerichtshof der EU	12
2. Überprüfungsgründe	14
II. Überprüfung sekundären Unionsrechts an deutschem Recht	20
1. Unmittelbare Wirkung von Unionsrechtsakten	21
2. Kooperationsverhältnis von BVerfG und Gerichtshof der EU	21
3. Widerspruch zum europäischen Integrationsprozess nach den Verträgen und Art. 23 GG	25
4. Zustandekommen sekundären Unionsrechts	27
5. Umsetzung und Anwendung durch Organe deutscher Staatsgewalt	28
§ 2 Vereinbarkeit deutscher Gesetze mit Unionsrecht	30
A. Verfahrensmöglichkeiten	30
I. Kommission und Mitgliedstaaten	30
II. Gerichte	30
1. Vorlageverfahren, Art. 267 AEUV	30
2. Voraussetzungen	31
3. Verletzung von Art. 101 I 2 GG	32
III. Individuen	33
B. Ansatzpunkte für eine Unionsrechtswidrigkeit	33
I. Unionsrechtliches Primärrecht	34
1. Warenverkehrsfreiheit, Art. 34 AEUV	35
2. Personenfreizügigkeit, Art. 45, 49 AEUV	40
3. Dienstleistungsfreiheit, Art. 56 und 57 AEUV	44
4. Allgemeines Diskriminierungsverbot und allgemeine Gleichbehandlung	46
5. EU-Grundrechte	48
II. Vereinbarkeit mit unionsrechtlichem Sekundärrecht	48
1. Unionsrechtsverstoß, insbesondere Anforderungen an die Umsetzung von Richtlinien	48
2. Richtlinienkonforme Auslegung	49
§ 3 Überprüfung deutscher Gesetze am Grundgesetz	50
A. Verfahrensarten	51
I. Abstrakte Normenkontrolle, Art. 94 I Nr. 2 GG, §§ 13 Nr. 6, 76 ff. BVerfGG	51
1. Antragsberechtigung	51

	2. Prüfungsgegenstand	51
	3. Antragsbefugnis	51
	4. Klarstellungsinteresse	52
	5. Ordnungsgemäßer Antrag und Frist	52
	II. Abstrakte Normenkontrolle nach Art. 94 I Nr. 2a, II GG, § 13 Nr. 6a BVerfGG	52
	III. Konkrete Normenkontrolle: Richtervorlage, Art. 100 GG, § 13 Nr. 11, §§ 80–82 BVerfGG	53
	1. Vorlageberechtigung und Prüfungsgegenstand	53
	2. Überzeugung von der Verfassungswidrigkeit	53
	3. Entscheidungserheblichkeit	53
	IV. Individualverfassungsbeschwerde	54
	1. Beschwerdefähigkeit	54
	2. Beschwerdegegenstand	56
	3. Beschwerdebefugnis	57
	4. Rechtswegerschöpfung und Subsidiarität der Verfassungsbeschwerde	58
	5. Frist	60
	6. Prozessfähigkeit	60
	7. Praxis: Annahme der Verfassungsbeschwerde	60
	V. Kommunalverfassungsbeschwerde	61
	1. Zulässigkeit	61
	2. Recht auf kommunale Selbstverwaltung, Art. 28 II GG	61
	VI. Einstweiliger Rechtsschutz	65
	B. Entscheidung des BVerfG	67
	C. Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes	68
	I. Formelle Verfassungsmäßigkeit	68
	1. Gesetzgebungskompetenz des Bundes	68
	2. Gesetzgebungsverfahren	77
	II. Materielle Verfassungsmäßigkeit	80
	1. Rechtsstaatsprinzip, Art. 20 III GG	80
	2. Sozialstaatsprinzip, Art. 20 I GG	82
	3. Demokratieprinzip	83
	D. Prüfung durch den Bundespräsidenten	85
§ 4	Grundrechte	86
	A. Relativer und absoluter Schutz (Menschenwürde)	86
	I. Grundlagen	86
	II. Menschenwürdiges Existenzminimum	86
	III. Haft und Sicherungsverwahrung	88
	1. Grundlagen	88
	2. Nachträgliche Sicherungsverwahrung	89
	IV. Flugzeugabschuss	91
	B. Schutzbereich	92
	I. Bestimmung des Schutzbereichs am Beispiel von Art. 4 GG	93
	1. Glauben und Gewissen	93
	2. Glaubens- und Bekenntnisfreiheit	94
	II. Abgrenzung der Schutzbereiche und Konkurrenzen	98
	1. Meinungs- und Versammlungsfreiheit	98
	2. Vorrang eines Grundrechts	103
	3. Idealkonkurrenz	108
	III. Art. 2 I GG als Auffanggrundrecht	109
	1. Sachbezogen	109
	2. Personenbezogen	111
	C. Grundrechtseingriffe	111
	I. Unmittelbare finale Eingriffe am Beispiel von Art. 6 GG	112
	1. Gleichgeschlechtliche Ehe	112
	2. Familienzuschlag und Hinterbliebenenversorgung	113
	3. Adoption	114
	4. Fazit	115
	5. Eingriffe durch Verwaltungsakte	116
	II. Faktische Eingriffe	116
	III. Mittelbare Eingriffe	118
	IV. Begrenzungen	118

D.	Rechtfertigung	119
I.	System	119
II.	Grundrechte mit Gesetzesvorbehalt	121
1.	Reichweite des Gesetzesvorbehalts (Beispiel: Aufnahmen im Gericht)	121
2.	Ausgleich konkurrierender Verfassungsgüter (Beispiel: Pressefreiheit und allgemeine Persönlichkeitsrechte)	122
III.	Grundrechte ohne Gesetzesvorbehalt	127
1.	Beschränkung durch kollidierendes Verfassungsrecht	127
2.	Wissenschaftsfreiheit	129
3.	Glaubensfreiheit	131
4.	Kunstfreiheit	136
IV.	Schranken-Schranken	137
1.	Anforderungen aus dem Vorbehalt des Gesetzes	138
2.	Verhältnismäßigkeit	139
3.	Wesensgehaltsgarantie	163
4.	Bestimmtheitsgebot	163
5.	Verbot des Einzelfallgesetzes	165
6.	Zitiergebot	165
§ 5	Eigentums- und Berufsfreiheit	167
A.	Art. 14 GG – Eigentumsfreiheit	167
I.	Prägung der Eigentumsfreiheit durch den Gesetzgeber	167
II.	Schranken für den Gesetzgeber	167
1.	Ausgleich und Kernbereich bei Inhaltsbestimmungen	167
2.	Eigentumswertgarantie	168
III.	Eröffnung des Schutzbereichs von Art. 14 GG	168
1.	Vermögenswerte Rechte	168
2.	Nicht das Vermögen an sich	169
3.	Keine tatsächlichen und allein normabhängigen Umstände	170
4.	Das „Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb“	172
IV.	Eingriff: Abgrenzung von Inhaltsbestimmung und Enteignung	174
1.	Grundansatz	174
2.	Nähere Abgrenzung	174
V.	Rechtfertigung	175
1.	Inhalts- und Schrankenbestimmung	175
2.	Enteignung gem. Art. 14 III GG	180
3.	Prüfung der Eigentumsfreiheit, Art. 14 GG	181
B.	Art. 12 GG – Berufsfreiheit	182
I.	Abgrenzung zu Art. 14 GG	182
II.	Einheitliches Grundrecht der Berufsfreiheit	184
III.	Schutzbereich	184
1.	Beruf	184
2.	Berufswahl	186
3.	Berufsausübung	187
IV.	Eingriff	189
V.	Rechtfertigung	191
1.	Abgestufte Schutzintensität	191
2.	Berufsausübungsregeln	191
3.	Berufswahlregelungen	192
4.	Konkretisierung der Verhältnismäßigkeitsprüfung	194
C.	Klimaschutz und Wirtschaftsgrundrechte	197
I.	Beeinträchtigte Grundrechte	197
1.	Mögliche Ansatzpunkte	197
2.	Schutzbereich	198
II.	Rechtfertigung	199
1.	Doppelte Rechtfertigung und kein in dubio pro libertate mehr	199
2.	Vorrang des Klimateuroparechts	200
3.	Anpassungsmaßnahmen an Klimafolgen	201
III.	Die Verhältnismäßigkeitsprüfung im Einzelnen	201
1.	Eignung	201
2.	Erforderlichkeit	202
3.	Angemessenheit	202

IV. Eigentumsfreiheit	203
1. Schutzbereich	203
2. Regelmäßige Sozialbindung	204
3. Rechtfertigung	205
4. Ausgleichspflicht	206
V. Berufsfreiheit	207
1. Eingriffe	207
2. Rechtfertigung	207
3. Warnungen, Empfehlungen und Informationen	209
§ 6 Gleichheitsgrundrechte	211
A. Überblick	211
B. Der allgemeine Gleichheitsgrundsatz gem. Art. 3 I GG	211
I. Ungleichbehandlung	212
II. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	213
1. Prüfungsrahmen	213
2. Verhältnismäßigkeit	216
C. Besondere Gleichheitssätze	218
I. Art. 3 II GG	218
II. Weitere Differenzierungsge- und -verbote	219
§ 7 Abwehr untergesetzlicher Normen, § 47 VwGO	221
A. Zulässigkeit eines Normenkontrollantrages	221
I. Verwaltungsrechtsweg	221
II. Statthaftigkeit	222
1. Nach § 47 I Nr. 1 VwGO	222
2. Nach § 47 I Nr. 2 VwGO	223
III. Antragsbefugnis	224
1. Behörden	224
2. Natürliche und juristische Personen	224
IV. Allgemeine Voraussetzungen	226
V. Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	227
B. Begründetheit	227
I. Allgemeiner Prüfungsumfang und -maßstab	228
II. Allgemeine Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen für Satzungen und Rechtsverordnungen	228
1. Ermächtigungsgrundlage	228
2. Formelle Rechtmäßigkeit	230
3. Materielle Rechtmäßigkeit (Subsumtion)	230
4. Bestimmtheit	231
5. Ermessen	231
III. Bebauungspläne	232
1. Ermächtigungsgrundlage	232
2. Formelle Rechtmäßigkeit	232
3. Materielle Rechtmäßigkeit	236
C. Einstweiliger Rechtsschutz nach § 47 VI VwGO: Corona-Fälle	240
I. Zulässigkeit	240
II. Begründetheit	240
III. Anwendung in der Corona-Pandemie	241
1. Außervollzugsetzung von Ausgangsbeschränkungen wegen Corona	241
2. Lockerung von Coronaeinschränkungen	245
2. Kapitel. Aufhebung von Verwaltungsakten	247
§ 8 Verfassungsbeschwerde gegen Verwaltungsakte und Urteile	247
A. Verfassungsbeschwerde unmittelbar gegen Verwaltungsakte	247
B. Verfassungsbeschwerde gegen gerichtliche Entscheidungen	248
§ 9 Die Zulässigkeit der Anfechtungsklage	256
A. Überblick über die Zulässigkeitsvoraussetzungen	257
B. Die zentralen Zulässigkeitsvoraussetzungen	257
I. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges	257
1. Öffentlich-rechtliche Streitigkeit	258
2. Streitigkeiten nichtverfassungsrechtlicher Art	259
II. Statthafte Klageart	259
1. Klagebegehren: Aufhebung eines Verwaltungsaktes	259

	2. Verwaltungsakt: Merkmale	260
	3. Teilanfechtung	265
	III. Klagebefugnis	268
	1. Aus einfachgesetzlichen Schutznormen	268
	2. Aus Grundrechten	272
	3. Aus Unionsrecht	273
	4. Verbandsklage	274
	5. Entfallen der Klagebefugnis aufgrund von Präklusion	274
	IV. Vorverfahren	275
	C. Die sonstigen Zulässigkeitsvoraussetzungen	277
§ 10	Begründetheit der Anfechtungsklage	278
	A. Ansatz und Klagegegenstand	278
	1. Ansatz und maßgeblicher Zeitpunkt	278
	II. Klagegegenstand	280
	1. Bedeutung des Widerspruchsbescheides	280
	2. Nebenbestimmungen	282
	B. Ermächtigungsgrundlage	282
	I. Notwendigkeit	282
	II. Vorrang von Spezialvorschriften	283
	1. Grundsatz und Grenzen	283
	2. Vorrang der polizeirechtlichen Standardmaßnahmen gegenüber der Generalklausel am Beispiel der Obdachloseneinweisung	284
	3. Aufhebung von Verwaltungsakten	285
	III. Befugnis für polizeiliche Vollstreckungsmaßnahmen, insbesondere für das Abschleppen von Kfz	286
	C. Rechtmäßigkeit des Verwaltungsaktes	289
	I. Formelle Rechtmäßigkeit	289
	1. Zuständigkeit	289
	2. Verfahren	290
	3. Form	290
	II. Materielle Rechtmäßigkeit	291
	1. Rechtmäßigkeit der Ermächtigungsgrundlage	291
	2. Korrekte Subsumtion unter die Ermächtigungsgrundlage (einschließlich Beurteilungsspielraum)	292
	3. Adressat und Maßnahmerichtung	298
	4. Bestimmtheit	305
	5. Rechtliche und tatsächliche Möglichkeit	305
	6. Rechtmäßiger Ermessensgebrauch	305
	7. Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht	307
	III. Die Anfechtung der Aufhebung von (begünstigenden) Verwaltungsakten	310
	1. Rücknahme und Widerruf	310
	2. Widerruf rechtmäßiger begünstigender Verwaltungsakte	312
	3. Rücknahme rechtswidriger begünstigender Verwaltungsakte	312
	4. Rücknahme von unionsrechtswidrigen Beihilfen	315
	D. Tatsächliche Verletzung in subjektiven Rechten	317
	E. Zu den Rechtsfolgen	318
§ 11	Einstweiliger Rechtsschutz nach §§ 80, 80a VwGO	318
	A. Bedeutung und Anwendungsbereich	318
	B. Zulässigkeit des Antrags nach §§ 80 V, 80a VwGO	319
	1. Zur Hauptsache akzessorische Voraussetzungen	319
	1. Verwaltungsrechtsweg	319
	2. Statthaftigkeit	319
	3. Antragsbefugnis	320
	4. Sonstiges	320
	II. Rechtsschutzbedürfnis	320
	1. Anträge nach § 80 V VwGO	320
	2. Anträge nach § 80a VwGO	321
	C. Begründetheit	321
	I. Formelle Rechtmäßigkeit von Anordnungen nach § 80 II 1 Nr. 4 VwGO	322
	II. Materielle Prüfung	323
	III. Besonderes Vollzugsinteresse bei Anordnungen nach § 80 II 1 Nr. 4 VwGO	325

IV. Einschränkung der gerichtlichen Entscheidungsbefugnis durch Vorlagepflicht? . . .	325
V. Bei für rechtswidrig erachtetem Unionsrecht	326
3. Kapitel. Abwehr sonstiger Maßnahmen	328
§ 12 Die Leistungsunterlassungsklage	328
A. Allgemeines	328
B. Zulässigkeit der allgemeinen Unterlassungsklage	330
I. Verwaltungsrechtsweg	330
1. Erwerbswirtschaftliche Betätigung	330
2. Immissionen, vor allem von kirchlichen Einrichtungen	330
II. Statthaftigkeit	332
III. Klagebefugnis	332
IV. Rechtsschutzbedürfnis	333
C. Die vorbeugende Unterlassungsklage	333
I. „Vorbeugende“ Unterlassungsklage gegen Realakte	333
II. Vorbeugende Unterlassungsklage gegen drohende Verwaltungsakte	333
D. Begründetheit der Leistungsunterlassungsklage: Der Unterlassungsanspruch	335
I. Rechtsgrundlage	335
II. Anspruchsvoraussetzungen: insbesondere bei erwerbswirtschaftlicher Betätigung und Immissionen	336
1. Hoheitlicher Eingriff in subjektives Recht	336
2. Rechtswidrigkeit	337
3. Fortdauern oder unmittelbares Bestehen	338
III. Die Unterlassung von Warnungen und Empfehlungen	339
§ 13 Einstweiliger Rechtsschutz nach § 123 VwGO	341
A. Einordnung	341
B. Zulässigkeit	342
I. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges	342
II. Statthafte Verfahrensart	342
III. Antragsbefugnis	342
IV. Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	342
C. Begründetheit	342
I. Glaubhaftmachung Anordnungsanspruch	342
II. Glaubhaftmachung Anordnungsgrund	343
III. Anordnungsentscheidung	343
IV. Keine Vorwegnahme der Hauptsache	343
2. Teil. Erlass von Maßnahmen	345
4. Kapitel. Erlass von Normen	346
§ 14 Normerlassensprüche und ihre Durchsetzung	346
A. Allgemeines am Beispiel des Klimaschutzes	346
B. Aus Unionsrecht: stattdessen unmittelbare Wirkung	346
I. Auf Unionsnormen	346
II. Auf nationale Normen	347
C. Aus Grundrechten	347
I. Objektive Grundrechtsfunktionen	347
1. Grundrechte als Leistungsrechte	348
2. Grundrechtliche Schutzpflichten	348
II. Gleichheitssatz, insbesondere Normergänzungsanspruch	351
III. Umweltstaatszielbestimmung	352
D. Aus einfachem Recht	352
E. Prozessuale Durchsetzung	353
I. Vor dem EuGH	353
II. Vor dem BVerfG	353
III. Vor Verwaltungsgerichten	354
5. Kapitel. Erlass von Verwaltungsakten	355
§ 15 Zulässigkeit der Verpflichtungsklage	355
A. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges	356
I. Zulassung zu einer öffentlichen Einrichtung	356
II. Subventionsbescheid	357
B. Statthaftigkeit	357
I. Abgrenzung zur Anfechtungsklage	357

	II. Abgrenzung zur allgemeinen Leistungsklage	359
	III. Sonderprobleme der Konkurrentenklagen	359
	C. Klagebefugnis, § 42 II VwGO	360
	I. Anspruchsgrundlagen	360
	II. Ansprüche aus Ermessensvorschriften	361
	D. Vorverfahren	362
	E. Klagefrist	362
	F. Rechtsschutzbedürfnis	362
§ 16	Begründetheit der Verpflichtungsklage	363
	A. Allgemeiner Rahmen	363
	B. Die Grundstruktur von Genehmigungsfällen	364
	I. Genehmigungspflichtigkeit	365
	II. Genehmigungsfähigkeit	365
	C. Anspruch auf Erteilung einer Baugenehmigung	365
	I. Anspruchsgrundlagen	365
	II. Formelle Anspruchsvoraussetzungen	366
	III. Materielle Voraussetzungen	367
	1. Genehmigungspflichtigkeit	367
	2. Genehmigungsfähigkeit	368
	D. Ansprüche auf die Benutzung öffentlicher Sachen, insbesondere Straßen	375
	I. Allgemeines, Abgrenzung von Anfechtungssituationen	375
	II. Begriff der öffentlichen Sache	376
	III. Erlaubnispflichtigkeit	377
	1. Gemeingebrauch und Sondernutzung	377
	2. Straßenanliegiergebrauch	378
	3. Kommunikativer Gemeingebrauch	379
	IV. Erteilung der Sondernutzungserlaubnis	380
	E. Benutzung kommunaler Einrichtungen	381
	I. Anspruchsgrundlagen	381
	II. Der allgemeine kommunalrechtliche Benutzungsanspruch	382
	1. Vorliegen einer öffentlichen Einrichtung	382
	2. Aktivlegitimation	383
	3. Rechtliche Schranken	384
	4. Tatsächliche Schranken	385
	F. Anspruch auf polizeiliches Einschreiten	386
	I. Zuständigkeit der Polizei für den Schutz privater Rechte	387
	II. Erfordernis eines subjektiv-öffentlichen Rechts	387
	III. Ermessensreduzierung auf null	388
	G. Anspruch aus Zusicherung gem. § 38 VwVfG	389
	H. Wiederaufgreifen des Verfahrens	390
	I. Konstellation der Verpflichtungsklage	390
	II. Wiederaufgreifen nach § 51 VwVfG	391
	1. Wiederaufgreifensgründe nach § 51 I Nr. 1–3 VwVfG	391
	2. Neue Sachentscheidung	392
	III. „Wiederaufgreifen“ nach §§ 48, 49 VwVfG	392
	J. Ansprüche aus Unionsrecht	392
§ 17	Einstweiliger Rechtsschutz auf Erlass eines VA	394
	A. Regelungsanordnung nach § 123 I 2 VwGO	394
	B. Für Hochschulzulassungen	394
	C. Bei Zweifeln an entgegenstehendem EU-Recht	396
6. Kapitel. Sonstiges Verwaltungshandeln und Geldzahlungen		397
§ 18	Die allgemeine Leistungs(vornahme)klage	397
	A. Allgemeines	397
	B. Zulässigkeit	398
	I. Verwaltungsrechtsweg, insbesondere kraft Sachzusammenhang	398
	1. Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs, § 40 I VwGO	398
	2. Der Rechtsweg kraft Sachzusammenhang, § 17 II GVG	398
	II. Statthaftigkeit	399
	III. Klagebefugnis	399
	IV. Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen	401
	1. Vorverfahren	401

	2. Klagefrist	401
	3. Rechtsschutzbedürfnis	401
	C. Begründetheit der allgemeinen Leistungsklage, insbesondere Folgenbeseitigungsanspruch	402
	I. Allgemeines	402
	II. Der allgemeine Folgenbeseitigungsanspruch (FBA)	403
	1. Grundlage	403
	2. Voraussetzungen	403
	3. Rechtsfolgen	404
	D. Einstweiliger Rechtsschutz bei Begehren auf Leistungsvornahme	406
§ 19	Leistungsansprüche aus öffentlich-rechtlichem Vertrag	407
	A. Allgemeines	407
	B. Vorliegen eines öffentlich-rechtlichen Vertrages	407
	C. Rechtmäßigkeit des Vertrages	408
	I. Zulässigkeit der Vertragsform	408
	II. Formelle Rechtmäßigkeit	408
	III. Materielle Rechtmäßigkeit	409
	D. Nichtigkeit des Vertrages	410
§ 20	Geldleistungsansprüche	411
	A. Haftung aus öffentlich-rechtlichen Sonderverbindungen	413
	I. Öffentlich-rechtliche Sonderverbindungen	413
	II. Haftung	413
	III. Zivilrechtsweg	414
	B. Staatshaftung	414
	I. Amtshaftung nach nationalem Recht	415
	1. Verhältnis zu anderen Ansprüchen	415
	2. Handeln im öffentlich-rechtlichen Tätigkeitsbereich	415
	3. Verletzung einer drittbezogenen Amtspflicht	417
	4. Kausaler Schaden	419
	5. Verschulden	420
	6. Haftungseinschränkung	420
	7. Passivlegitimation	421
	8. Rechtsfolge	421
	II. Staatshaftung für unionsrechtswidriges Verhalten	421
	1. Anwendungsbereich	421
	2. Grundvoraussetzungen	423
	3. Unterschied zu § 839 BGB, Art. 34 GG	424
	C. Entschädigungsansprüche	426
	I. Abgrenzung zu Schadensersatzansprüchen	426
	II. Spezialgesetzliche Entschädigungsansprüche	427
	1. Enteignungsentschädigungen	427
	2. Sonstige Entschädigungsansprüche	428
	III. Entschädigung aus Aufopferung, enteignungsgleichem und enteignendem Eingriff	429
	1. Enteignungsgleicher und enteignender Eingriff	429
	2. Der allgemeine Aufopferungsanspruch	433
	D. Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch	433
	I. Nach § 49a VwVfG	433
	II. Nach allgemeinen Grundsätzen	434
	III. Durchsetzung	435
	IV. Konkurrenzen	436
	E. Aufwendungsersatz	436
	F. Sozialleistungsansprüche	438
	3. Teil. Feststellung der Rechtswidrigkeit	439
	7. Kapitel. Verfassungsrechtliche Feststellungsbegehren: Handeln von nationalen Verfassungsorganen	439
§ 21	Organstreitverfahren	439
	A. Zulässigkeit	439
	I. Parteifähigkeit von Antragsteller und Antragsgegner	439
	II. Streitgegenstand (Statthaftigkeit)	441
	III. Antragsbefugnis	441

IV. Rechtsschutzbedürfnis	442
V. Form und Frist	443
B. Begründetheit	443
I. Maßstab und Inhalt der Entscheidung	443
II. Die Rechtsstellung von Abgeordneten und Fraktionen	443
1. Abgeordnete	444
2. Fraktionen	447
3. Das Verhältnis des Abgeordneten zu Fraktion und Partei	447
4. Die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen	448
5. Bundestagsauflösung	451
III. Politische Parteien	453
1. Allgemeines	453
2. Gewährleistung der Chancengleichheit der Parteien	453
3. Parteienfinanzierung	457
4. Sonderproblem: Rückforderung nach ParteiG	458
§ 22 Bund-Länder-Streitigkeiten	459
A. Bund-Länder-Streitigkeiten nach Art. 94 I Nr. 3 GG	459
I. Zulässigkeit	459
1. Antragsberechtigung	459
2. Streitgegenstand	459
3. Antragsbefugnis	460
4. Vorverfahren	460
5. Form und Frist	460
II. Begründetheit	460
1. Landeseigenverwaltung	461
2. Bundesauftragsverwaltung	461
3. Bundestreue	463
B. Andere Bund-Länder-Streitigkeiten nach Art. 94 I Nr. 4 GG	463
8. Kapitel. Feststellungsbegehren für Verwaltungshandeln	464
§ 23 Kommunalverfassungsrechtliche Streitigkeiten	464
A. Begriff und Bedeutung	464
B. Zulässigkeit der kommunalverfassungsrechtlichen Klage	465
I. Verwaltungsrechtsweg	465
II. Statthafte Klageart	465
III. Klagebefugnis	467
IV. Beteiligtenfähigkeit und Klagegegner	467
C. Begründetheit der kommunalverfassungsrechtlichen Klage	467
I. Die Rechtsstellung der Ratsmitglieder	468
II. Fraktionsrecht	469
§ 24 Feststellungsklage	471
A. Zulässigkeit	471
I. Verwaltungsrechtsweg	471
II. Statthaftigkeit	471
1. Allgemeine Feststellungsklage gem. § 43 I Alt. 1 VwGO	471
2. Nichtigkeitsfeststellungsklage gem. § 43 I Alt. 2 VwGO	474
III. Klagebefugnis	475
IV. Feststellungsinteresse	475
V. Keine Subsidiarität	476
VI. Sonstiges	478
B. Begründetheit	478
§ 25 Fortsetzungsfeststellungsklage (Rechtswidrigkeitsfeststellungsklage)	480
A. Einordnung	480
B. Zulässigkeit	480
I. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges	480
II. Statthafte Klageart	481
1. Verwaltungsakt	481
2. Erledigung des Verwaltungsaktes	481
3. Erledigung nach Klageerhebung	482
4. Erledigung vor Klageerhebung	483
III. Klagebefugnis	483
IV. Vorverfahren	484

V. Klagefrist	484
VI. Berechtigtes Feststellungsinteresse	485
C. Begründetheit	487
I. Maßstab	487
II. Inhaltliche Prüfung: Konstellationen aus dem Versammlungs- und Polizeirecht ...	488
1. Versammlungsgesetz als lex specialis zum allgemeinen Polizeirecht	488
2. Allgemeine polizeirechtliche Maßnahmen im Zusammenhang mit Versammlungen	492
Entscheidungssammlung	495
Sachverzeichnis	503


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG